

Zwangsmigration und Neubeheimatung

„Umsiedler“ als „Neubauern“ in der SBZ/DDR

Im Jahr 1948 veröffentlichte die Zeitschrift *Die neue Heimat* unter den Initialen B. B. ein Gedicht mit dem Titel „Wunsch eines Umsiedlers“:

„Nun endlich mal Schluß mit der Umsiedlerei,
drei volle Jahre schon sind wir dabei,
haben nach trüben und bitteren Stunden
längst eine neue Heimat gefunden!

Ein Ackerstück – und ein kleines Haus,
fast sieht es wie unser altes aus;
im Hof die Hühner, im Stall zwei Pferde,
dazu ein Pflug, zu pflügen die Erde.

Der Birnbaum blüht im Garten so weiß;
und kostet es auch viel Mühe und Schweiß,
die Saat wird wachsen, die Frucht gedeihen,
dann wollen wir uns des Herbstes freuen!

Und wollen sie bitten, die Leute ringsum,
davon Kenntnis zu nehmen: Wir siedelten um!
Damit wir nunmehr – nach vielen Beschwerden
aus Umsiedlern endlich die ‚Ansiedler‘ werden!“¹

Der aus einer Subjektperspektive formulierte Text stellt die Bodenreform, ohne sie konkret zu benennen, als Schritt zur Integration² der „Umsiedler“ im ländlichen Raum der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) dar. Die „Landnahme“³ erscheint als Maßnahme der „Neubeheimatung“⁴, die in die Forderung des Verfassers mündet, dem Verlauf der Eingliederung auch begrifflich zu entsprechen.

Im Folgenden soll die Bedeutung der Bodenreform für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen am Beispiel Thüringens analysiert werden. Es ist zu fragen, inwiefern die Bodenreform und andere staatliche Maßnahmen zur Eingliederung der „Umsiedler“ im ländlichen Raum beitrugen und wie Ankunft und Neubeginn heute erinnert werden. Bei den zugrundeliegenden Quellen handelt es sich überwiegend um qualitative Interviews, archivalische Dokumente sowie um zeitgenössische (landwirtschaftliche) Presseerzeugnisse.⁵

Fremde Heimat. Flüchtlinge und Vertriebene im Dorf

Mit der erzwungenen Migration in Folge des Zweiten Weltkriegs gelangten etwa 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aus den vormals deutschen und (auch) deutsch besiedelten Territorien im östlichen Europa in die SBZ. Oft hatten sie mehrmonatige, zum Teil mehrjährige Odysseen hinter sich, mit Lageraufhalten, Zwischenstationen und Notunterkünften, bis sie eine feste Bleibe fanden. So unterschiedlich die individuellen Erlebnisse auf den Wegen der Flucht oder Vertreibung auch ausfielen, so heterogen die Gruppe der Neuankommenden auch war, sie alle verband doch in gewisser Weise die Erfahrung des „kollektiven biographischen Bruchs“ durch den „besonders dramatischen Einbruch der Gesellschaftsgeschichte in ihr Leben“, wie der Soziologe Michael von Engelhardt es ausdrückt.⁶

Die Flüchtlinge und Vertriebenen fanden vorwiegend im ländlichen Raum Aufnahme, denn hier bestanden meist bessere Möglichkeiten der Versorgung mit Nahrung, Wohnraum und Arbeit als in den kriegszerstörten Städten. Annähernd die Hälfte der Ankommenden gelangte allein in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.⁷ Diese Dörfer befanden sich bei der Ankunft der „Umsiedler“, wie die Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ ab Herbst 1945 genannt wurden, in einem tiefgreifenden Wandel: Vor allem der Zusammenbruch des NS-Regimes und die „antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen“, die in den „Aufbau des Sozialismus auf dem Land“ mündeten, setzten folgenreiche Transformationsprozesse in Gang. Das von der Soziologin Elisabeth Pfeil Ende der 1940er Jahre für den Westteil Deutschlands geprägte Bild des Flüchtlings als „Gestalt einer Zeitenwende“⁸ fasst dies – auch bezogen auf die SBZ – sehr treffend: Die Neuangekommenen unterlagen den Veränderungen der „Zeitenwende“ in besonderem Maße und prägten sie zugleich aktiv mit. Damit wurden sie nach Alf Lüdtke von „Agenten, die funktionieren, zu Akteuren, die deuten und vorführen, forcieren oder sich verweigern“ und eigneten sich ihre Umgebung an.⁹ Für die „Umsiedler“ ergaben sich Handlungsspielräume in der sogenannten Aufnahmegesellschaft, die zugleich ‚Ausnahmegesellschaft‘ war, die sich in einer Zusammenbruchs- und Umbruchsphase befand. Auch seitens der Alteingesessenen erforderte dies erhebliche Anpassungsleistungen, und es bedeutete für sie ebenso ein gewisses Fremdsein.

Bei ihrem Eintreffen in den Dörfern der Nachkriegszeit waren die Flüchtlinge und Vertriebenen weitgehend besitzlos: Sie hatten oft nur Gepäck in sehr begrenztem Umfang mitführen dürfen, das sie völlig übereilt und in der Annahme, in Kürze wieder in die Heimat zurückkehren zu können, zusammengestellt hatten. Unterwegs reduzierten ungleiche Tauschgeschäfte und Plünderungen die spärliche Habe, so dass die Flüchtlinge als „Habenichtse“ und Bittsteller ankamen.¹⁰ Eine Zeitzeugin schätzt heute rückblickend ein: „Und da wir so jämmerlich arm waren, waren wir natürlich auch ‚Habenichtse‘, is’ doch ganz klar, nich’.“¹¹

Es galt in erster Linie, die Ankommenden mit Nahrungsmitteln und Wohnraum zu versorgen. Dabei waren sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als administrative Strukturen sich noch im Aufbau befanden, zunächst vor allem auf die Hilfe der Bevölkerung angewiesen. Das Spektrum des Verhaltens der Alteingesessenen gegenüber den Eintreffenden reichte von solidarischer Unterstützung bis zur Verweigerung von Hilfsleistungen. In vielen Fällen bedeutete die Ankunft für die Vertriebenen und Flüchtlinge nach dem Verlust der

Heimat eine abermalige traumatische Erfahrung: die Ablehnung seitens der Ortsansässigen. Es kam zu Etikettierungen, die den „Umsiedlern“ nicht selten die Zugehörigkeit zur Gruppe der Deutschen absprachen. Sie wurden als „Polacken“ oder „Zigeuner“ beschimpft und als „Fremde“ ausgegrenzt.¹² Dabei waren die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht die ersten „Fremden“, die in die ländlichen Gemeinden gelangten. Während des Zweiten Weltkriegs hielten sich hier etwa Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, im Zuge der nationalsozialistischen Siedlungspolitik Umgesiedelte sowie „Evakuierte“ aus den kriegszerstörten Städten auf. Doch die Flüchtlinge und Vertriebenen unterschieden sich von diesen Bevölkerungsgruppen im Sinne der Simmel'schen Definition des Fremden als „der Wandernde, [...] der heute kommt und morgen bleibt – sozusagen der potenziell Wandernde, der, obgleich er nicht weitergezogen ist, die Gelöstheit des Kommens und Gehens nicht ganz überwunden hat.“¹³ Die „Umsiedler“ waren keine temporären Gäste. Sie blieben – vorerst. Sie wurden jedoch in vielen Fällen abermals zu Wandernden: In den Jahren 1949 bis 1961 verließen etwa 2,7 Millionen Menschen die DDR in Richtung Westen, ungefähr 900.000 von ihnen waren „Umsiedler“.¹⁴ In dieser Zahl spiegelt sich die von Stephan Beetz konstatierte besonders hohe Folgemobilität der Flüchtlinge und Vertriebenen wider.¹⁵

Anfang Dezember 1945 schrieb ein aus Böhmen nach Thüringen gelangter Vertriebener in sein Tagebuch:

„Wir sollen nun hierzulande wieder eine Heimat finden. Aber es wird uns keineswegs leicht gemacht. Die hier ansässigen Menschen bringen uns Vertriebenen mit einigen Ausnahmefällen, stärkstes Mißtrauen entgegen und lassen uns immer wieder spüren, daß wir für sie nur fremde, unbequeme Eindringlinge sind.“¹⁶

Ähnliche Worte, die die Konkurrenz um rare Güter in der ersten Zeit nach Kriegsende verdeutlichen, fanden knapp ein Jahr später Eingang in die *Verordnung zum Schutze der Neubürger*:

„Es ist eine bedauerliche, aber allgemeingültige Erfahrung, daß ganz besonders die Bevölkerung solcher Gebiete, über die der Krieg rasch und ohne große Zerstörungen hinweggegangen ist, sich überwiegend geneigt zeigt, aus der satten Ruhe eines ungeschmälernten Besitzes heraus die Neubürger als lästige Eindringlinge zu betrachten und zu behandeln.“¹⁷

Die neue Umgebung empfanden die Flüchtlinge und Vertriebenen zunächst meist als „Zufallsheimat“¹⁸ oder „Zwangsheimat“¹⁹. Selten konnten sie Einfluss auf die Ortswahl nehmen. Bei ihrem Eintreffen hatten sie neben der Verarbeitung vielschichtiger Verlusterfahrungen – bezogen auf Heimat, Zukunftspläne, familiäre Strukturen und soziale Bindungen – zugleich Aneignungsprozesse ihrer neuen Umgebung zu bewältigen. Die „Umsiedler“ verfügten am neuen Ort nicht über soziale Netzwerke, sprachen unvertraute Dialekte, kannten von den lokalen Traditionen abweichende religiöse Praktiken und andere Bräuche. Auch ihre Armut unterstrich den Status als Fremde in Selbst- und Außenwahrnehmung gleichermaßen: Es waren fremde Wohnungen, in die sie (zwangsweise) eingewiesen wurden, fremde Einrichtungsgegenstände, die sie aus Spendensammlungen erhielten und sogar fremde Kleidungsstücke, die sie am Leib trugen. Sie waren damit, wie der Volkskundler Albrecht Lehmann es ausdrückt, „im Fremden ungewollt zuhaus“.²⁰

Verordnete Heimat. Staatliche Eingliederungsmaßnahmen

Die Flüchtlinge und Vertriebenen sollten im Sinne der KPD/SED-Politik rasch in die Gesellschaft der SBZ eingegliedert werden. Die Volkskundler Ira Spieker und Sönke Friedreich sprechen von einem „von oben gesteuerte[n] und angeordnete[n] „Integrationsprozess“, basierend auf dem Bedürfnis, „das Vertreibungsunrecht aus politischen Gründen zu kaschieren und den Flüchtlingen und Vertriebenen keine Sonderstellung einzuräumen.“²¹ Nur zwei Jahre nach Kriegsende kritisierte der SED-Politiker Paul Merker: „Die Assimilierung ist nicht so fortgeschritten, wie es sein könnte. Viele Umsiedler sehen noch mehr nach rückwärts als nach vorwärts.“²² Das Zitat zeigt die Idee, die hinter der Assimilationspolitik der SED stand: Die „Umsiedler“ sollten zu „Menschen ohne Geschichte“ gemacht werden, mit „Zwang zur Zukunft“²³. Die „Notbürger“, wie das Zentralorgan der SED, das *Neue Deutschland*, sie 1949 nannte, wurden in den ungezählten Erfolgsgeschichten, die Politik und zeitgenössische Medien (re-)produzierten, innerhalb kurzer Zeit zu „Vollbürgern“.²⁴ Dies schlug sich auch in ihrer Benennung nieder: Aus Flüchtlingen und Vertriebenen wurden im offiziellen und öffentlichen Sprachgebrauch zunächst „Umsiedler“, dann „ehemalige Umsiedler“ und schließlich „Neubürger“.²⁵ De facto aber blieben sie lange Zeit „Fremde“ und „Notbürger“.

Im Jahr 1947 formulierte Merker *Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems*:

„Die Tatsache, daß wir uns dem Ende der Umsiedlung nähern, muß uns veranlassen, die bisher gemachten Erfahrungen zu überprüfen und Wege zu suchen, um die Assimilierung der Umsiedler in ihrer neuen Heimat und ihr Verwachsen mit der alteingesessenen Bevölkerung zu fördern, um ihre endgültige Einbürgerung, ihre Versorgung mit Wohnung und dem notwendigsten Hausrat und ihre Unterbringung in einen geeigneten ständigen Erwerb zu ermöglichen.“²⁶

Merkers Worte zeigen die zeitgenössische Auffassung der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen als einer vorrangigen Eingliederung in den Bereichen Wohnen und Arbeiten. Letzteres präziserte der Politiker in seiner programmatischen Schrift: „Im Interesse Deutschlands brauchen wir die Umsiedler für den Wiederaufbau unserer Industrien, unseres Handwerks und unserer Landwirtschaft. Wir brauchen sie zur Stärkung der demokratischen Kräfte in unserem Volk.“²⁷ In der unmittelbaren Nachkriegszeit bedeutete eine schnelle Eingliederung in das Arbeitsleben jedoch vor allem eine berufliche Deklassierung.²⁸ In erster Linie schlossen die Ankommenden jene Lücken, die der Krieg etwa beim landwirtschaftlichen Personal hinterlassen hatte: Sie waren in den Dörfern zunächst billige Arbeitskräfte.²⁹ Erst allmählich konnten sie sich in diesem Kontext die Anerkennung seitens der Einheimischen erarbeiten. So fasst ein Interviewter aus der alteingesessenen Bevölkerung heute zusammen: „Die mussten sich erst ihr Vertrauen oder ihre Zuversicht oder ihre Anerkennung durch ihrer Hände Arbeit, durch ihren Fleiß, durch ihre Treue, durch ihre Nachbarschaftshilfe erkämpfen.“³⁰ Langfristig gesehen, traf Paul Merkers Einschätzung der Bedeutung der „umgesiedelten“ Personen für den Neubeginn zu, denn sie stellten ein enormes Arbeitskräftepotential mit vielfältiger Expertise und trugen zum (Wieder-)Aufbau maßgeblich bei.

Neben der – quantitativ betrachtet – kurzfristig realisierten beruflichen Eingliederung erfolgte unmittelbar nach ihrem Eintreffen eine rechtliche Gleichstellung der „Umsiedler“

mit den Alteingesessenen. Die *Richtlinien für die Betreuung der Umsiedler und Neubürger im Lande Thüringen* legten beispielsweise im Jahr 1947 fest: „Die Neubürger stehen der eingewanderten Bevölkerung an Rechten und Pflichten gleich. Sie sind Thüringer.“³¹ An einer auf Reziprozität basierenden kulturellen Integration war der Staatsführung hingegen nicht gelegen, vielmehr sollten die „Umsiedler“ ihre eigenkulturellen Besonderheiten weitgehend aufgeben. So äußerte Oberregierungsrat Ernst Ressel im Rahmen einer Sitzung der *Landeskommission für Neubürger* in Weimar im Februar 1946:

„Ich denke aber nicht, daß die Umsiedler nun etwa eigene kulturelle Organisationen sich schaffen zur Pflege ihrer besonderen Eigenarten; sie sollen eingegliedert werden in das kulturelle Leben der neuen Heimat und sollen an der Ausgestaltung dieses kulturellen Lebens mitwirken.“³²

Ein Pflegen und Bewahren kultureller Praktiken außerhalb der privaten Sphäre konnte in der SBZ/DDR durch die weitgehende Tabuisierung von Flucht und Vertreibung in der Öffentlichkeit – anders als in der Bundesrepublik – nicht stattfinden. Auch Zusammenschlüsse, etwa landsmannschaftliche Vereinigungen, die im Westteil des Landes zu wichtigen Erzähl- und Erinnerungsgemeinschaften wurden, durften in der DDR nicht gegründet werden. Die Besatzungsmächte hatten 1945 zwar generell die Bildung eigener Vertriebenenorganisationen verboten, doch wurde Ende der 1940er Jahre dieses „Koalitionsverbot“ für die Bundesrepublik aufgehoben, während es in der DDR fortbestand. So regelte etwa das *Gesetz zum Schutze des Friedens* aus dem Jahr 1950 das strafrechtliche Vorgehen gegen jede Form der Selbstorganisation der „Umsiedler“ in der DDR.³³ Die bundesrepublikanischen Interessenverbände der „Heimatvertriebenen“ galten in der DDR als „rückwärtsgewandt“ und „revanchistisch“: Sie, so der zeitgenössische Vorwurf, würden die Unumkehrbarkeit des Vertreibungsgeschehens und damit auch die Oder-Neiße-Grenze, die in der DDR als „Friedensgrenze“ galt, in Frage stellen.³⁴

Die konkreten staatlichen Hilfen, von denen hier einige exemplarisch aufgezeigt werden sollen, zielten zum einen auf die kurzfristige Versorgung der Neuangekommenen mit Nahrungsmitteln, Wohnraum sowie Arbeitsmöglichkeiten und zum anderen auf eine längerfristige Hilfe zur Selbsthilfe ab. Der im Oktober 1946 von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) erlassene Befehl 304 sah beispielsweise die einmalige finanzielle Unterstützung bedürftiger „Umsiedler“ vor: Erwachsene erhielten 300 RM und Kinder 100 RM.³⁵ Bis Ende März 1947 wurden rund 468.000 Anträge von Erwachsenen und ca. 280.000 für Kinder positiv beschieden.³⁶ Dennoch blieb die Wirkung des Befehls, gemessen an der großen Zahl der „Umsiedler“ und ihrer Besitzlosigkeit, äußerst gering.

Weiterhin sollten sogenannte Umsiedlermonate Ende der 1940er Jahre das öffentliche Interesse nochmals auf die Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen lenken, die Spendenbereitschaft anregen und eine Annäherung der alteingesessenen Bevölkerung und der Zugezogenen beschleunigen. In Thüringen stand beispielsweise der April des Jahres 1948 als „Umsiedlermonat“ unter dem Motto „Thüringen, Heimat für 3 Millionen“.³⁷ In den Bezirksstädten waren „Heimatabende“ mit Musik, „heimatliche[n] Mundartgedichte[n]“ und Referaten geplant, auch eine Tombola mit Gebrauchsgegenständen. In einem Schreiben der *Kreiskommission für Neubürger* hieß es hierzu:

„Die Abende sollen natürlich nicht im Zeichen der ehem. heimatstreuen Schlesier usw. stehen; im Gegenteil, sie sollen den Alt- und Neubürgern zeigen, dass hier wie da gemeinsames, schönes Kulturgut lebt und gepflegt werden soll.“³⁸

Bei dem hier demonstrierten wechselseitigen Interesse handelte es sich wohl um inhaltsleere Floskeln, die dazu dienen sollten, die „Umsiedler“ zur Teilnahme zu motivieren. Es galt eine (scheinbare) Balance zwischen beiden Gruppen zu demonstrieren. Die Organisation der Veranstaltungen oblag den Bürgermeistern, wobei explizit dazu aufgefordert wurde, „Neubürger“ als „Hilfskräfte“ mit einzubinden.³⁹ Schon dies sprach den Flüchtlingen und Vertriebenen den Status der Gleichberechtigten eigentlich ab. Tatsächlich bestand kaum Interesse am immateriellen Gepäck der „Umsiedler“ und demnach waren die Eingliederungskonzepte einseitig auf eine Anpassung an die sogenannte Aufnahmegesellschaft ausgerichtet.

Den letzten Höhepunkt und das Ende der staatlichen Unterstützung stellte das *Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik* („Umsiedlergesetz“) von 1950 dar. Mit ihm wurden den nunmehr „ehemaligen Umsiedlern“ letztmalig unter anderem spezielle Kredite und Ausbildungsbeihilfen zugestanden. Damit endete der Status als distinkte Gruppe und zugleich die gesonderte statistische Erfassung.

Bereits zwei Jahre zuvor war die 1945 gemäß dem Befehl Nr. 14 der SMAD gegründete *Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler* (ZVU) mit ihren Umsiedlerämtern bzw. -ausschüssen auf Landes-, Kreis- und Gemeindeebene aufgelöst worden. Die ZVU und die ihr unterstellten Institutionen hatten zunächst vornehmlich den Transport der „Umsiedler“, ihre Unterbringung und Versorgung organisiert und waren anschließend auch für die Förderung der Assimilation mitverantwortlich gewesen.⁴⁰

8,4 Hektar Heimat. Die „Umsiedler“ und die Bodenreform

Auch die in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführte Bodenreform sollte – neben anderen Intentionen – die Eingliederung der „Umsiedler“ auf dem Land fördern. Vornehmlich aber verfolgte sie ideologische Ziele wie die Beseitigung der tradierten dörflichen Hierarchien, die Überwindung des nationalsozialistischen Systems und die Etablierung der gegenüber der KPD/SED loyalen Gruppe der sogenannten „Neubauern“. Dabei stand zugleich die Stärkung des Bündnisses zwischen „werk tätigen Bauern und [der] Arbeiterklasse“ im Fokus.⁴¹ In Bezug auf die äußerst problematische Versorgungslage in der Nachkriegszeit sollte die Bodenreform zudem innerhalb kurzer Zeit die Sicherung der Ernährung gewährleisten. Die Reform veränderte die ländlichen Besitz- und Sozialstrukturen in der SBZ nachhaltig: Landwirtschaftliches Eigentum mit einer Fläche von mehr als 100 Hektar sowie der Besitz von wirklichen oder vermeintlichen Profiteuren des nationalsozialistischen Regimes wurden entschädigungslos enteignet. Boden, Gebäude, Vieh und landwirtschaftliches Inventar fielen unter anderem an insgesamt 210.000 Neubauernfamilien. Neben vormaligen Landarbeiterinnen und Landarbeitern sowie landarmen Bauernfamilien partizipierten über 91.000 „Umsiedler“-Familien an der Landvergabe. Dies entsprach einem Anteil von 43 Prozent an allen Bodenreformwirtschaften. Die Flüchtlinge und Vertriebenen erhielten durchschnittlich 8,4 Hektar Land.⁴² Bezogen auf die Gesamtheit der „Umsiedler“ in der SBZ blieb die

Wirkung der Bodenreform jedoch gering: Es ist davon auszugehen, dass inklusive Familienangehörigen nur etwa acht Prozent der Vertriebenen an ihr beteiligt waren. Doch für jene Flüchtlingsfamilien, die eine Neubauernwirtschaft übernahmen, stellte die „Landnahme“ eine Hilfe zur Selbsthilfe dar und bildete den Auftakt zu vielschichtigen Aneignungsprozessen. Diese basierten freilich auf der Desintegration der Gruppe der Gutsbesitzer, -pächter und -verwalter sowie ihrer Familien. Mit der Enteignung wurden diese auch ihres Heimatkreises verwiesen, es kam zu Verhaftungen, Internierungen und Flucht in den Westteil des Landes.⁴³ Die Bodenreform stellte demnach in zweifacher Hinsicht eine Zäsur dar: Für die Landnehmenden bot sie die Chance zum Neubeginn, zum erst- oder abermaligen Schritt in die Selbständigkeit; für die Gutsbesitzer- und Pächterfamilien jedoch war sie eine Katastrophe. Gerade weil die gesamtdeutsche Rechtsprechung die Enteignungen der Bodenreform in den 1990er Jahren bestätigte, ist das Thema bis heute hoch brisant.

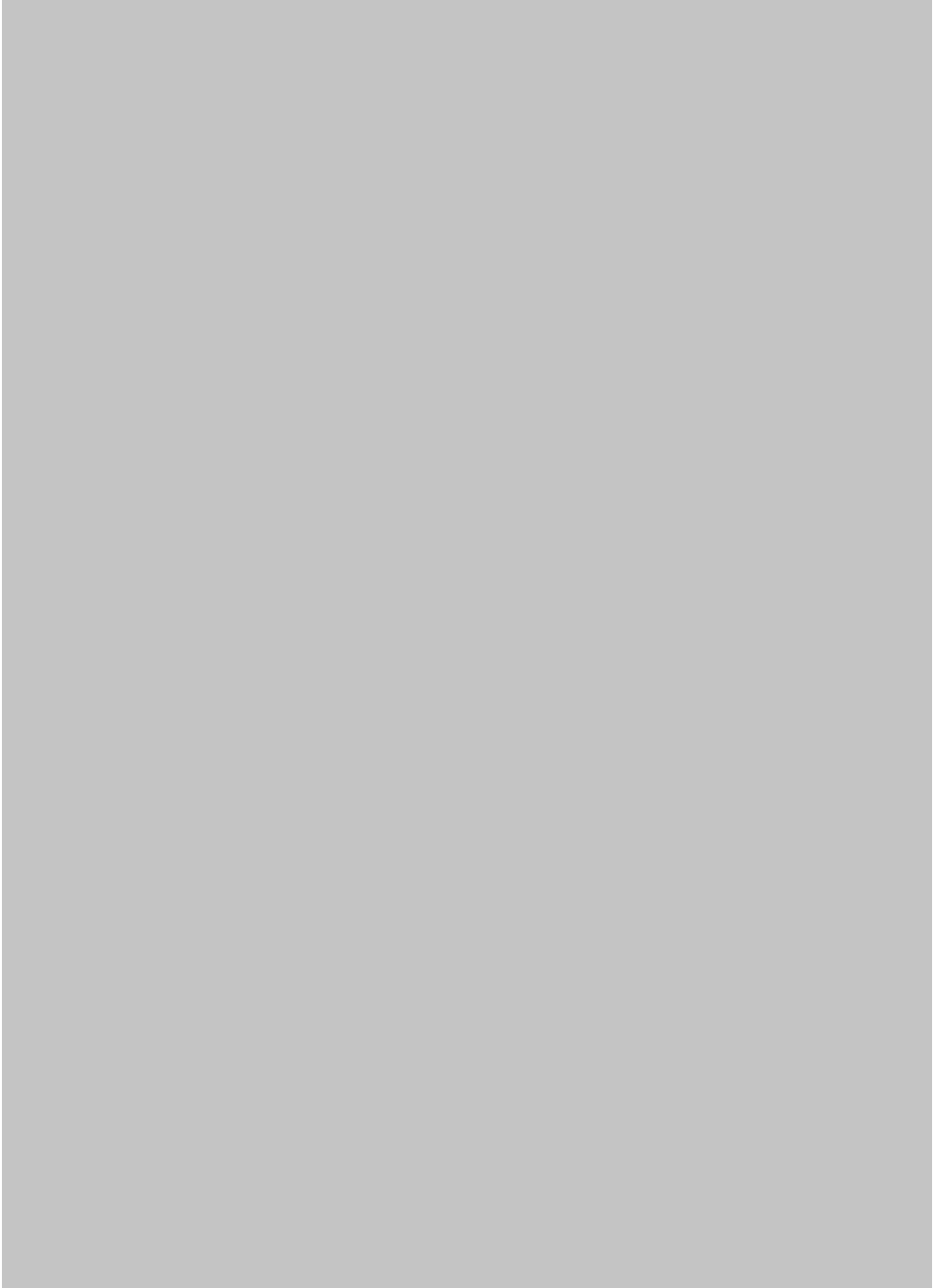
Viele „Umsiedler“-Familien gingen zunächst zögerlich an die Übernahme von Bodenreformland: Bis Ende 1946 hatten sie nur 16 Prozent der verteilten Gesamtflächen erhalten.⁴⁴ Sie kamen oft erst nach der eigentlichen Landvergabe in die Dörfer, waren in den ausführenden Gemeindebodenkommissionen unterrepräsentiert und auch ihre Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in die Heimat ließ sie zögern. Die Tatsache, dass sie sich – weitgehend besitzlos – für Haus und Grund verschulden sollten, an einem Ort, den sie sich in der Regel nicht selbst ausgesucht hatten, und für „gebundenes Eigentum“, über das sie nur eingeschränkt verfügen konnten, wirkte ebenfalls hemmend.⁴⁵

Entschied sich eine „Umsiedler“-Familie für eine neubäuerliche Existenz, so bedeutete dies vor allem: Entbehrungen und die Verpflichtung zur allumfänglichen Mitarbeit aller Familienmitglieder. Die Neubauernfamilien wohnten meist weiterhin in Gutsgebäuden oder in ihren Notunterkünften bei Alteingesessenen. Sie waren Bauern ohne eigene Höfe. Erst infolge des Neubauernbauprogramms gemäß Befehl Nr. 209 der SMAD nahm die Bautätigkeit ab dem Jahr 1947 einen Aufschwung. Bis Ende 1948 sollten nicht weniger als 37.000 neubäuerliche Wohn- und Wirtschaftsgebäude errichtet werden.⁴⁶ Für die Gewinnung der entsprechenden Baustoffe war unter anderem der Abriss von Kriegsruinen, militärischen Anlagen, vor allem aber von Gutshöfen vorgesehen. Damit sollten die Dörfer ihres „Gutscharakters“ entkleidet und die baulichen Manifestationen der „Junkerherrschaft“ beseitigt werden.⁴⁷ Eine maßgeblich ideologisch motivierte Abbruchaktion von Schlössern, Guts- und Wirtschaftsgebäuden war die Folge.

Im Oktober 1948 galten SBZ-weit jedoch gerade einmal 41 Prozent der geplanten Gebäude als fertiggestellt.⁴⁸ Vor allem der Mangel an Material und qualifizierten Arbeitskräften hemmte die Umsetzung des Neubauernbauprogramms.

Knapp die Hälfte der Bauwerke infolge des Befehls Nr. 209 wurde für „Umsiedler“-Neubauern errichtet.⁴⁹ Auch hier war ihre Eigeninitiative gefordert: Es galt Baumaterial zu beschaffen und einzelne Bauabschnitte in Eigenleistung zu realisieren. Die Neubauernhöfe – ob umgebaute Bestandsarchitektur der Gutsanlagen oder Neubauten nach Typenentwürfen – stellten gerade für die Vertriebenen eine bauliche Markierung des Neubeginns dar, bedeutete das Errichten eines Hauses doch ein Sich-Einlassen auf den neuen Ort und den Beginn unterschiedlicher Aneignungsprozesse, vom Aufbau sozialer Netzwerke über die mit viel körperlicher Arbeit verbundene Wirtschaftsführung bis zur Erarbeitung des Raumes, beispielsweise durch die Bewirtschaftung der Felder und das Vertraut-Werden mit den geografischen Gegebenheiten.

Abbildung 1: Bodenreformurkunde, Thüringen 1948



Quelle: Archiv des Hennebergischen Museums Kloster Veßra, AIII Nr. 7

[Abbildung siehe Druckfassung]

Zugleich manifestierte sich der Status des Fremd-Seins der „Umsiedler“-Neubauern am jeweiligen Ort sowie aller Bodenreformlandnehmer in der ihnen zugeschriebenen Rolle der „neuen Bauern“ in den Gebäuden, die als Typenbauten auf den ersten Blick als Neubauernhäuser auszumachen waren: Die Streckhöfe (auch Einhäuser genannt) verbanden alle Funktionsbereiche unter einer Dachfläche und unterschieden sich meist von der übrigen dörflichen Architektur. Der *Deutsche Bauernkalender* skizzierte im Jahr 1950 ein typisches Bild:

„Betrachtet man eine dieser neuen Siedlungen, so wird einem als dominierendes Merkmal gegenüber den alten Dörfern das Einhaus auffallen. Es ist das Charakteristische des kleinbäuerlichen Betriebs. Wohnung, Stall und Scheune befinden sich unter einem Dach. Lediglich ein Schuppen für Wagen und Geräte wird eine andere Seite des Hofes flankieren.“⁵⁰

Abbildung 2: Neubauernhaus im Hennebergischen Museum Kloster Veßra (in situ belassen, errichtet 1948)



Foto: Uta Bretschneider 2011

[Abbildung siehe Druckfassung]

Die Ausstattung der Neubäuerlichen Wirtschaften mit Vieh und landwirtschaftlichem Gerät war jedoch äußerst mangelhaft, wodurch sich Abhängigkeitsstrukturen zwischen Alt- und Neubauernschaft herausbildeten. Den „Umsiedlern“ fehlte es zudem an den elementarsten Dingen: an Möbeln, Kleidung und Geschirr. Alles musste organisiert, erbeten, eingetauscht

oder anderweitig beschafft werden. Die enge Verknüpfung von Wohnen und Wirtschaften führte zum Teil zu extremen Ausgangsbedingungen für die Neubauernfamilien. Entbehrung und Improvisation prägten die Anfänge im Neubauernhaus, das sich nicht selten beim Einzug noch im Rohbau befand. Erst allmählich wurden weitere Bauabschnitte fertiggestellt, zusätzliche Wohn- und Nutzräume erschlossen.⁵¹ Zum Teil blieben die Neubauernhäuser lange Zeit Provisorien:

„Das Haus is’ ja nie richtig fertig geworden. Da war ja im Prinzip nur dieser eine kleine Raum oben noch. Die anderen Räume sind ja nie mehr ausgebaut worden, weil’s immer irgendwo gefehlt hat. Ich meine, jede Mark, die dann abgefallen is’, die wurde dann wieder für irgendwelche Gerätschaften und was dann wieder notwendiger war, ausgegeben und das is’ dann nie mehr zustande gekommen.“⁵²

Neben „Umsiedlern“, die über landwirtschaftliches Fachwissen verfügten, befanden sich unter den Neubauerinnen und Neubauern auch zahlreiche vormalige Landarbeiterinnen und Landarbeiter sowie Vertriebene aus Städten, die in großer Zahl an den prekären Bedingungen der Bodenreformwirtschaften scheiterten. Sie gaben ihre Neubauernstellen an den staatlichen Bodenfonds zurück, wechselten in die (wieder-)entstehenden Industrien oder zogen in den Westteil Deutschlands. Insgesamt konnten nur 10 bis 15 Prozent aller Neubauernwirtschaften überhaupt ökonomisch stabilisiert werden.⁵³ Bis Mitte des Jahres 1952 gab etwa ein Drittel aller Neubauernfamilien seine Höfe auf.⁵⁴ Diejenigen, die ihre Wirtschaften weiterführten, sahen vielfach in den ab 1952 entstehenden Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) einen Ausweg aus ihrer problematischen Lage, betrachteten den Eintritt in die Genossenschaft als Chance. So wurden die Neubauern und -bäuerinnen (unfreiwillig) zu den Pionieren der Kollektivierung: Ende des Jahres 1952 stellten sie 78 Prozent der 37.000 LPG-Mitglieder.⁵⁵

Für all jene Neubauernfamilien, die ihre Höfe wirtschaftlich einigermaßen zu stabilisieren vermochten, bedeutete die Zwangskollektivierung des Jahres 1960 ein unfreiwilliges Ende ihres Neubauerndaseins. Für die „Umsiedler“ unter ihnen stellte der erzwungene LPG-Beitritt meist nicht weniger als eine ‚zweite Enteignung‘ dar. So resümiert eine Zeitzeugin: „Also das war genauso schlimm, wie die Heimat verlassen für meine Eltern, ja.“⁵⁶

Neue Heimat. Erinnerungen und Bewertungen

Ein Befragter aus der alteingesessenen Bevölkerung berichtet zur Ankunft der Flüchtlinge und Vertriebenen: „Man sah natürlich dann, dass sie woanders herkamen. Die Ärmlichkeit sah man von außen. Die hatten ja nischt.“⁵⁷ Bezüglich der damit verbundenen Verlusterfahrung kommen viele der Interviewten aus der Gruppe der Vertriebenen zu einer ähnlichen Einschätzung wie diese Neubauern-Tochter: „Ich glaub’, die Eltern haben viel mehr drunter gelitten. Wir Kinder haben das nich’ mehr so doll empfunden.“⁵⁸ Für die Generation der Eltern bedeutete die Vertreibung oder Flucht eine tiefgreifende Zäsur, die sie häufig bis an ihr Lebensende nicht verarbeiten konnte. Viele Flüchtlinge und Vertriebene hofften auch nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den SED-Staat im Jahr 1950 noch auf eine Rückkehr in die „alte Heimat“. So kam etwa dem Beerdigtsein in der Fremde eine

besondere Bedeutung zu: „Der Vater wollte nie in Deutschland sterben. Er will [= wollte] nach Hause.“⁵⁹ Eine Befragte erinnert sich an ein Gespräch ihrer Mutter mit einer Nachbarin, bei dem letztere feststellte, dass es der Familie im Vergleich zu den Anfängen ja schon viel besser ginge. „Da hat die Mutter geantwortet: ‚Barfuß ging[e] ich wieder nach Hause.‘ Das hat sich bei mir festgesetzt, aber ich hab damit keine Probleme gehabt. Das kommt mir jetzt erst an, wo ich selbst alt bin und empfinden kann, wie es den Eltern zur damaligen Zeit ging, innerlich.“⁶⁰ Der Darstellungsmodus des Perspektivwechsels findet sich in vielen Interviews: Jetzt, selbst im vorangeschrittenen Alter, versetzen sich viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in die damalige Lage ihrer Eltern und reflektieren deren Situation. Das Hoffen der „Umsiedler“ blieb auch den Einheimischen nicht verborgen:

„Ja, also die eine Frau, die hat da hinten [...] drinne gewohnt, die hat immer gesagt, [...] sie wollt wieder heim und wenn’s auf’m Trittbrettel wär. Die wollte auf dem Zug, bloß auf dem Trittbrettel – ja, die wollten schon gern wieder heim.“⁶¹

Die Formulierung, auch ohne Schuhwerk zurückkehren zu wollen, große Strapazen und Entbehrungen auf sich zu nehmen, um die „alte Heimat“ wiederzusehen, gehört zu den Topoi der Nachkriegszeit.⁶²

Die Befragten, die aus „Umsiedler“-Neubauernfamilien stammen, bewerten die Bodenreform heute überaus positiv. Die Zeit des Neubauern-Seins sehen sie jedoch als extrem beschwerlich und entbehrungsreich. Oft fügen sie hinzu, dass das Leben der Familie leichter gewesen wäre, hätten sich die Eltern für eine Tätigkeit in der Industrie entschieden. Besonders bedeutsam ist in diesem Kontext, dass die Bodenreform eine Möglichkeit darstellte, an landwirtschaftliche Berufsbiografien anzuknüpfen:

„Wenn er [der Vater] hier [in eine Fabrik] auf Arbeit gegangen wär, hätten wir uns wesentlich weniger plagen müssen [...]. Das ist natürlich wahr. Aber aus der Sicht des Landwirts, der unbedingt wieder Land haben wollte, Boden bearbeiten wollte, da können wir dem DDR-Staat nicht dankbar genug sein und der Bodenreform.“⁶³

Mit der Landvergabe erhielt ein Teil der „Umsiedler“-Familien, neben der bloßen Sicherung des Überlebens, die Gelegenheit, sich eine neue Existenz aufzubauen – wenn auch unter äußerst widrigen Bedingungen. Die Neubauernwirtschaften waren geprägt von einer „Ökonomie des Notbehelfs“⁶⁴. Dennoch stellte die Bodenreform für die beteiligten Familien ein Angebot zur Neubeheimatung und einen Ausgangspunkt für Aneignungsprozesse dar, die vor allem für die Kindergeneration Wirkung zeigten. Gemäß dem Generationenmodell von Thomas Ahbe und Rainer Gries bildeten sie die „Funktionierende Generation“. Die Mitte der 1930er bis Ende der 1940er Jahre Geborenen beteiligten sich wie die ihnen vorausgegangene „Aufbau-Generation“ an der Etablierung des Sozialismus, ihre Grundeinstellung sei jedoch „nicht politisch-visionär“ sondern vielmehr pragmatisch gewesen.⁶⁵

Insgesamt blieben die staatlichen Hilfsmaßnahmen für die „Umsiedler“ in den meisten Fällen regional bzw. auf einen spezifischen Personenkreis beschränkt, etwa auf die Jugendlichen, die Handwerkerschaft oder die Neubauern und Neubäuerinnen. Dennoch formulierte Wilhelm Pieck, der Präsident der DDR, unter den Vorzeichen des Kalten Krieges in seiner *Rede Zur Oder-Neiße-Grenze* im Oktober 1950:

„Wir gaben den Umsiedlern Land der Junker. Im Westen ist nichts dergleichen geschehen. Wir reihten die Umsiedler in den Produktionsprozeß ein. In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit unter den Umsiedlern doppelt so groß wie unter den anderen Staatsbürgern. Wir gaben den Umsiedlern nach besten Möglichkeiten Wohnraum. Wir wissen, daß noch viel mehr Hilfe notwendig ist. Aber in Westdeutschland hausen nach wie vor Zehntausende Familien in Baracken. Wir geben den Umsiedlern Hilfe in der verschiedensten Weise. [...] Wir helfen und werden auch weiterhin helfen, damit die Umsiedler sich nicht mehr als Umsiedler fühlen, sondern mit vollem Recht sagen, wir sind Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik.“⁶⁶

Mit dem proklamierten Abschluss der Eingliederung wurden die „Umsiedler“ größtenteils „unsichtbar gemacht“⁶⁷: Institutionen wurden aufgelöst, die Flüchtlinge und Vertriebenen in den amtlichen Statistiken nicht mehr erfasst. Doch aus den Medien verschwanden sie nicht völlig: „Umsiedler“ waren weiterhin Thema, wenn auch in Form einseitiger Darstellungen im Modus von Erfolgsgeschichten.⁶⁸ Der „Mythos der schnellen Integration“⁶⁹, den der Sozialwissenschaftler Paul Lüttinger bereits 1986 für die Bundesrepublik festgestellt hat, ist damit auch für die SBZ/DDR nachzuweisen.

Die Neubeheimatungsprozesse, die auf individueller Ebene stattfanden oder ausblieben, spiegeln sich heute auch in den im Rahmen der qualitativen Interviews kommunizierten Heimatbildern wider. Sie sind durch ein breites Spektrum und erhebliche Generationsunterschiede gekennzeichnet. Die Elterngeneration behielt, trotz einer formal erfolgten Eingliederung, oft eine innere Distanz zu jenem Ort bei, der „neue Heimat“ sein sollte und doch „Zwangsheimat“ blieb. Ein Interviewpartner beschreibt jene Fremdheitserfahrung seines Vaters wie folgt:

„Ja und ansonsten, ich weiß, mein Vater, der kam da nie so richtig an. Der fühlte sich in Veßra nich' wohl, Zeit seines Lebens. Nich', und deshalb wollt' er ja auch am liebsten, also er wollte auch Neubauer werden aber eben in Mecklenburg, [dort] is' schöner, fruchtbarer Boden – wie bei uns zu Hause [...], also der fühlte sich in Veßra immer fremd.“⁷⁰

Erst den ab Mitte der 1930er Jahre Geborenen wurde die DDR zur „neuen Heimat“. Sie wuchsen gewissermaßen in die neue Situation hinein und fanden sich schneller in ihr zu Recht als ihre Eltern und Großeltern. Zum Beispiel antwortete eine Interviewpartnerin auf die Frage, wo ihre Heimat sei: „Ich hab ja von Kind an hier mein Leben gelebt. [...] [Meine Heimat] is' eigentlich hier in Thüringen, muss ich sagen. Aber ich hab nie vergessen, wo ich herkomme.“⁷¹ Hier zeichnet sich eine zweifache Heimatverortung ab: Die Interviewte fühlt sich gewissermaßen als Thüringerin mit ostbrandenburgischen Wurzeln. Dem entgegen war eine andere Befragte unsicher bezüglich ihrer Identitätszuordnung, sie antwortete: „Ich weiß auch ni't. [...] was heißt Thüringerin? Bin ich sowieso keene. Aber man lebt halt, wie die Thüringer auch halt so. Kochst auch so wie die Thüringer. Also hast dir alles so angeeignet.“⁷² Bei ihr hat sich ein Gefühl der Fremdheit bis in die Gegenwart erhalten. Zu vermuten ist, dass dies unter anderem eine Folge des Nicht-Umgangs mit dem Thema in der DDR ist.

Eine Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in psychologischer, sozialer und kultureller Hinsicht wurde durch das Unterbinden des Erinnerns (zumindest im öffentlichen

Bereich) stark beeinträchtigt. Nach den Umbrüchen von 1989/90 setzte eine nachholende Erinnerungsarbeit ein. Doch auch knapp 70 Jahre nach Kriegsende und 25 Jahre nach der „Friedlichen Revolution“ sind die Erlebnisse von Flucht, Vertreibung und Neubeginn im Ostteil Deutschlands noch immer nicht hinreichend aufgearbeitet, ist bis heute noch nicht „Schluß mit der Umsiedlerei“.

Anmerkungen

- 1 B. B., Wunsch eines Umsiedlers, in: Die neue Heimat. Illustrierte Monatszeitschrift 2 (1948) H. 8, 19.
- 2 Integration wird hier verstanden als Arbeitsbegriff für die Eingliederung der „Umsiedler“ in die neu entstehende Gesellschaft der DDR unter den Vorzeichen einer forcierten Assimilation.
- 3 Vgl. Christoph Hein, Landnahme, Frankfurt am Main 2004.
- 4 Der Begriff Neubeheimatung findet sich auch in einem frühen Werk der bundesdeutschen „Vertriebenen-Volkskunde“: Josef Hanika, Volkskundliche Wandlungen durch Heimatverlust und Zwangswanderung. Methodische Forschungsanleitung am Beispiel der deutschen Gegenwart, Salzburg 1957, 17.
- 5 Die Quellen wurden im Rahmen des Dissertationsprojektes „Vom Ich zum Wir“? Flüchtlinge und Vertriebene als Neubauern in der LPG erhoben (betreut von Prof. em. Dr. Christel Köhle-Hezinger, Lehrstuhl für Volkskunde/empirische Kulturwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2011–2014 Immanuel-Kant-Stipendium des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien). Insgesamt wurden 30 qualitative, lebensgeschichtlich ausgerichtete Interviews mit „Umsiedlern“ und Einheimischen der Geburtsjahrgänge 1921 bis 1956 in Thüringen (Erhebungsort: Kloster Veßra) und Sachsen (Erhebungsort: Altenhain) geführt.
- 6 Michael von Engelhardt, Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung. Zum Verhältnis von Lebensgeschichte, Gesellschaftsgeschichte und biographisch-historischer Identität, in: Rudolf Endres (Hg.), Bayerns vierter Stamm, Köln 1998, 215–251, hier 218.
- 7 Wolfgang Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: Manfred Wille/Johannes Hoffmann/Wolfgang Meinicke (Hg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993, 55–85, hier 71.
- 8 Elisabeth Pfeil, Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende, Hamburg 1948.
- 9 Alf Lüdtke, Stofflichkeit, Macht-Lust und der Reiz der Oberflächen. Zu den Perspektiven von Alltagsgeschichte, in: Winfried Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion, Göttingen 1994, 65–80, hier 72.
- 10 Vgl. Wolfgang Meinicke, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein kurzer Überblick, in: Alexander von Plato/Wolfgang Meinicke, Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991, 23–81, hier 75.
- 11 Interview mit Bärbel Lohner (geb. 1940), 04.11.2011, Transkript Zeile 5. Alle Interviews führte Uta Bretschneider; sämtliche Namen der Interviewpartnerinnen und -partner wurden anonymisiert.
- 12 Interview mit Ilse Ohl (geb. 1939), 13.05.2011, Transkript Zeile 2055. Vgl. auch Gerhard Christopeit, Verschwiegene vier Millionen. Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, in: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde 38 (1995), 222–251, hier 230. Für die westlichen Besatzungszonen hat Marion Frantzioch Ähnliches aufgezeigt: Marion Frantzioch, Die Vertriebenen als Fremde, Eine soziologische Betrachtung der ersten Nachkriegsjahre, in: Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde 32 (1989), 171–183, hier 175.
- 13 Georg Simmel, Exkurs über den Fremden, in: Ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung [1908] (Otthein Rammstedt (Hg.), Georg Simmel Gesamtausgabe, Bd. 11), Frankfurt am Main 1992, 764–771, hier 764.
- 14 Michael Schwartz, Vertriebenenproblem und Umsiedlerpolitik in der SBZ/DDR, 2, http://www.fes.de/magdeburg/pdf/6_10_14_schwartz.pdf (26.03.2014).
- 15 Stephan Beetz, Dörfer in Bewegung. Ein Jahrhundert sozialer Wandel und räumliche Mobilität in einer ostdeutschen ländlichen Region (Beiträge zur Osteuropaforschung, Bd. 9), Hamburg 2004, 58.
- 16 Tagebuch von A. F. H. (geb. 1910), 11.06.1945 bis 04.01.1952, Privatbesitz, Reproduktion im Bestand des Hennebergischen Museums Kloster Veßra, 50.

- 17 Kreisarchiv Hildburghausen (KAH), Gemeinde NeuhoF, 919/44, Umsiedler, Sozialwesen, 1946–48, unpag., Verordnung zum Schutze der Neubürger, 27.11.1946, Abschnitt 3.
- 18 Albrecht Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990, München 1993, 20.
- 19 Hierbei handelt es sich um einen zeitgenössischen Begriff. Michael Schwartz, „Zwangsheimat Deutschland“. Vertriebene und Kernbevölkerung zwischen Gesellschaftskonflikt und Integrationspolitik, in: Klaus Naumann (Hg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, 114–148.
- 20 Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus.
- 21 Sönke Friedreich/Ira Spieker, Ausgrenzen und anerkennen. Umsiedlerfamilien in der ländlichen Gesellschaft der SBZ und frühen DDR, in: Zeitschrift für Volkskunde 2 (2013), 205–235, hier 211.
- 22 Paul Merker, Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, Berlin 1947, 8 (im Original gesamtes Zitat fett).
- 23 Michael Schwartz, Umsiedlerpolitik in der Krise? Das Vertriebenenproblem in der Gründungsphase der DDR 1948–1950, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, 185–205, hier 186.
- 24 R. S., Vom Notbürger zum Vollbürger, in: Neues Deutschland, 06.08.1949, 5.
- 25 Uta Bretschneider, Umsiedler, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013, <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/61788.html> (17.03.2014).
- 26 Merker, Die nächsten Schritte, 7 (im Original gesamtes Zitat fett).
- 27 Ebd., 7.
- 28 Vgl. etwa Andreas Kossert, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 712), Bonn 2008, 327.
- 29 Dierk Hoffmann, Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung? Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945–1950), in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR, München 1999, 173–192, hier 178 f.
- 30 Interview mit Otto Richter (geb. 1929), 05.11.2011, Transkript Zeile 131.
- 31 Ministerium des Innern, Amt für Neubürger, Richtlinien für die Betreuung der Umsiedler und Neubürger im Lande Thüringen, Weimar 1947, 12.
- 32 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ThHStAW), 6-32-0130 Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Nr. 3761, Berufsmäßige Erfassung der Umsiedler zwecks Eingliederung in den Arbeitsprozeß, 1945–1951, Protokoll zur 2. Sitzung der Landeskommission für Neubürger in Weimar am 28. Februar 1946, Bl. 53–81, hier Bl. 58 f.
- 33 Heike Amos, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009, 257; Schwartz, Vertriebenenproblem und Umsiedlerpolitik, 2; Gesetzestext siehe: <http://www.verfassungen.de/de/ddr/friedensgesetz50.htm> (03.05.2014).
- 34 Vgl. etwa Manfred Wille, Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Territorium der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Magdeburg 5/6 (1982), 68–71, hier 70 f. 1984 erschien in der DDR die Schmähschrift Kreuzritter in Trachten gegen die westdeutschen Zusammenschlüsse der Vertriebenen. Werner Flach/Christa Kouschil, Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher, Leipzig u.a. 1984. Zur Wahrnehmung der bundesrepublikanischen Interessenvertretungen der Vertriebenen durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und zu den zahlreichen Versuchen der Einflussnahme siehe: Heike Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 2011.
- 35 Archiv des Hennebergischen Museums Kloster Veßra (AHMKV), BI 7 f Nr. 48, Rundschreiben der Kreiskommission für Neubürger an die Bürgermeister des Kreises Hildburghausen, 29.04.1947, 3.
- 36 Merker, Die nächsten Schritte, 19.
- 37 KAH, Gemeinde NeuhoF, 919/44, Umsiedler, Sozialwesen, 1946–48, unpag., Ankündigung einer Tagung zum Neubürger-Monat: „Thüringen, Heimat für 3 Millionen“, 05.04.1948.
- 38 AHMKV, BI 7 f Nr. 48, Schreiben der Kreiskommission für Neubürger an die Stadt- und Gemeinderäte sowie die Neubürgerausschüsse, Betr. Umsiedlermonat April 1948, 17.03.1948.
- 39 Ebd.
- 40 Dieter Marc Schneider, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hg.), SBZ-Handbuch: Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993, 239–243, hier 239.

- 41 Ein solches Bündnis forderte der kommunistische Politiker Edwin Hoernle z.B. im August 1944 in seinem Agrarprogramm mit der „Herstellung fester persönlicher und organisatorischer Verbindungen zwischen Land und Stadt, vor allem zwischen der Industriearbeiterschaft, dem werktätigen Bauerntum und den Landarbeitern.“ Edwin Hoernle, Zum Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern. Eine Auswahl seiner agrarpolitischen Reden und Schriften 1928–1951, hg. vom Institut für Agrargeschichte der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR, Berlin 1972, 333.
- 42 Meinicke, Die Bodenreform, 63. Insgesamt erhielten 559.089 Personen Land aus der Bodenreform. Walter Schmidt, Die Grundzüge der Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR von 1945 bis zur Gegenwart, Teil I: 1945–1952 (Vorlesungen zur Agrarökonomik, Bd. 1), Berlin 1960, 89.
- 43 Zur Internierung auf der Insel Rügen siehe auch: Martin Holz, Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943–1961 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Bd. 5), Köln u.a. 2003, 193–207.
- 44 Arnd Bauerkämper, Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, 108–136, hier 117.
- 45 Arnd Bauerkämper, Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/61, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), 556–588, hier 568.
- 46 ThHStAW, 6-32-0130, Land Thüringen, Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Nr. 2576, Maßnahmen zur Durchführung der Bodenreform im Land Thüringen, 1945–1948, Befehl 209 vom 09.09.1947, Bl. 138.
- 47 Vgl. o. A., Das Gesicht des Dorfes – gründlich verändert! Das Baustoffproblem für Neubauernhäuser gelöst?, in: Die Ähre. Monatsschrift der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 2 (1948) H. 2, 8.
- 48 Wolfgang Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (Historische Mitteilungen, Beiheft 20), Stuttgart 1996, 133–151, hier 145.
- 49 Meinicke, Die Bodenreform 76 f.
- 50 Schmidt, Dorf und Flur verwandeln ihr Gesicht, in: Deutscher Bauernkalender 1950, 40–41, hier 40.
- 51 Vgl. etwa Interview mit Bärbel Lohner, Transkript Zeile 5.
- 52 Ebd., Zeile 865.
- 53 Jens Schöne, Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR (Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Bd. 8), Leipzig 2008, 80; Arnd Bauerkämper, Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, 193–214, hier 203.
- 54 Schöne, Das sozialistische Dorf, 81.
- 55 Joachim Piskol, Zum Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR im Sommer 1952, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 37 (1995), 19–26, hier 25.
- 56 Interview mit Ingeborg Lösch (geb. 1939, Schwester von Bärbel Lohner), 12.05.2011, Transkript Zeile 473.
- 57 Interview mit Kurt Grünfeld (geb. 1930), 15.07.2011, Transkript Zeile 299.
- 58 Interview mit Bärbel Lohner, Transkript Zeile 869.
- 59 Interview mit Rita Bender (geb. 1936), 21.10.2011, Transkript Zeile 1131.
- 60 Interview mit Ingeborg Lösch, Transkript Zeile 161; auch ihre Schwester zitiert diese Szene: Interview mit Bärbel Lohner, Transkript Zeile 869.
- 61 Interview mit Elfriede Schmidt (geb. 1926), 13.05.2011, Transkript Zeile 1191.
- 62 Die Formulierung findet sich z.B. auch in Strittmatters Jugendbuch Tinko: „Andere Umsiedler vergessen ihre Heimat nicht. Sie möchten barfuß dorthin gehen.“ Erwin Strittmatter, Tinko, Leipzig 1971 (Ersterscheinung 1954), 92.
- 63 Interview mit Rudolf Peters (geb. 1940), 08.03.2013, Transkript Zeile 83.
- 64 Der Begriff wurde im deutschsprachigen Raum von Norbert Schindler eingeführt: Norbert Schindler, Jenseits des Zwangs? Zur Ökonomie des Kulturellen inner- und außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, in: Zeitschrift für Volkskunde 81 (1985), 192–219, hier 212.
- 65 Thomas Ahbe/Rainer Gries, Geschichte der Generationen in der DDR und in Ostdeutschland. Ein Panorama, Erfurt (LpB) 2007, 28.

- 66 Wilhelm Pieck, Zur Oder-Neiße-Grenze, in: Ders., Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. 2, Berlin 1952, 552–555, hier 554.
- 67 Michael Schwartz, Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1 (2008), 101–151, hier 117.
- 68 Vgl. Uta Bretschneider, „Die Bodenreform wurde auch für sie die Rettung.“ „Umsiedler“ als Neubauern in der zeitgenössischen Presse (1945–1960), in: Ira Spieker/Sönke Friedreich (Hg.), Fremde – Heimat – Sachsen. Neubauernfamilien in der Nachkriegszeit, Beucha 2014, 369–396.
- 69 Paul Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie 1 (1986), 20–36.
- 70 Interview mit Wolfram Bender (geb. 1933, Bruder von Rita Bender), 03.11.2011, Transkript Zeile 101.
- 71 Interview mit Ingeborg Lösch, Transkript Zeile 413.
- 72 Interview mit Ilse Ohl, Transkript Zeile 1935.